

Politik für eine neue Zeit: Solidarisch. Demokratisch. Neugierig.

Rede von Andrea Nahles auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden am 22. April 2018

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mein Name ist Andrea Nahles. Ich bin 47 Jahre und lebe mit meiner Tochter Ella in der Eifel. Vor 30 Jahren bin ich in die SPD eingetreten, als Erste in meiner Familie. Katholisch, Arbeiterkind, Mädchen, Land – muss ich noch mehr sagen? Es war nicht unbedingt logisch, dass ich mal große Karriere in der SPD mache. Es war nicht mal logisch, dass ich überhaupt als Frau Karriere mache. Meine Mutter ist heute hier: Hallo Mama!

Auch du hast damals sicher nicht gedacht, dass ich hier heute mal stehen würde.

Dass ich es heute tun kann, verdanke ich meinen Eltern. Das verdanke ich aber auch einem Bildungssystem, das Chancengleichheit hergestellt hat. Und das verdanke ich der SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

Lasst uns nicht vergessen: Auch heute gibt es junge Menschen, die ihr Leben nicht frei gestalten können, so wie sie es wollen, und die es nicht in die Wiege gelegt bekommen. Ich lade euch alle ein: Macht mit in der SPD! Macht Politik in eigener Sache! Nutzt die SPD, um gegen Diskriminierung und für bessere Bildung zu kämpfen! Nutzt die SPD, um für eure Freiheit zu leben, um das Leben zu leben, das ihr euch erträumt! Hier ist der Ort, das zu tun, liebe Genossinnen und Genossen! In dieser Partei und mit dieser Partei!

Wir haben uns heute etwas sehr Wichtiges vorgenommen: Wir wählen zum ersten Mal in unserer Geschichte eine neue Vorsitzende. Eine Vorsitzen-*de*!

Viele Frauen kennen ja diese komische gläserne Decke, an die man immer wieder stößt. Irgendetwas ist da oben ja, weswegen man nicht weiterkommt. Irgendetwas führt ja dazu, dass am Ende doch immer wieder nur Männer ganz vorne stehen. Heute, hier auf diesem Bundesparteitag, wird diese gläserne Decke in der SPD und für die SPD durchbrochen, und sie bleibt offen, liebe Genossinnen und Genossen! Sie bleibt es!

An dieser Stelle möchte ich mich einmal bei allen Frauen bedanken, die dafür gekämpft haben und in den letzten Jahrzehnten unermüdlich geholfen haben, diese Decke einzureißen. Lasst mich stellvertretend für alle Heidemarie Wieczorek-Zeul nennen.

Ja, das ist schön für dich hier in Wiesbaden, in deiner Heimat. – Sie ist die einzige Frau, die sich bis zum heutigen Tag schon mal um dieses Amt beworben hat. Danke, Heidi, und danke an alle Frauen, die unermüdlich geholfen haben!

30 Jahre bin ich in der SPD. Das hat einen ganz einfachen Grund: Die SPD ist die Partei, die meinen Träumen, Gedanken und Sehnsüchten immer eine Heimat gegeben hat. Die SPD ist unsere Partei der sozialen Gerechtigkeit. Denn wir sind nie bereit, hinzunehmen, wenn auch nur ein Einzelner unfair behandelt wird. Wir erklären nicht nur das scheinbar Machbare zum Ziel. Wir wollen und wir können mehr. Wir binden mehr Gruppen ein als alle anderen Parteien, und wir bringen immer auch die Kraft auf, Fehler zu korrigieren. Wir kämpfen leidenschaftlich. Wir streiten. Aber wir sind auch immer wieder bereit, uns viel zu verziehen. Ich sage euch, wie man das nennt. Das ist eine starke Beziehung, die wir miteinander haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Diese Beziehung haben wir in den letzten Wochen allerdings stark strapaziert. Wir haben es aber auch geschafft, uns aus dieser schwierigen Situation der letzten Monate aus eigener Kraft wieder zu befreien. Das zeigt sich im guten Koalitionsvertrag, das zeigt sich in dem klaren Mitgliedervotum, das zeigt sich in der guten Regierungsmannschaft.

Apropos Regierungsmannschaft – hier möchte ich einmal sehr grundsätzlich etwas sagen – man kann eine Partei in der Regierung erneuern. Diesen Beweis will ich ab morgen antreten, liebe Genossinnen und Genossen.

Umgekehrt können unsere sechs Ministerinnen und Minister aber keine gute Arbeit machen, wenn wir sie nicht auch unterstützen. Sie müssen sich auch auf diese Partei verlassen können. Und deswegen gibt es nicht zwei Parteien, sondern es gibt nur eine Partei, und das sind wir alle hier in diesem Raum und darüber hinaus. Eine Partei!

Darauf sind diejenigen, die in diesem Jahr Wahlkämpfe haben, auch angewiesen. Das sind Thorsten Schäfer-Gümbel in Hessen und Natascha Kohnen in Bayern. Sie sind darauf angewiesen, dass wir schlagkräftig sind; denn nur so kommen wir zusammen auch zu starken Ergebnissen, und starke Ergebnisse können wir gut gebrauchen. Glück auf! Meine Unterstützung habt ihr auf jeden Fall.

Liebe Genossinnen und Genossen, warum haben wir bei der Bundestagswahl nur 20,5 Prozent der Stimmen bekommen? Es gibt viele Gründe. Mit einem müssen wir uns besonders beschäftigen: Wir haben im Wahlkampf gesagt, was unser Ziel ist, aber wir haben nicht gesagt, wie wir es erreichen wollen. Wir haben gesagt, wir wollen mehr Gerechtigkeit, aber wir haben nicht deutlich gemacht, mit welchen

Mitteln wir das durchsetzen wollen.

Das Ziel zu benennen, aber den Weg im Vagen zu lassen, führt zwangsläufig dazu, dass uns die Menschen nicht vertrauen können und nicht folgen.

Deshalb müssen wir von heute an – neben dem Ziel der Gerechtigkeit – den Weg benennen, wie wir dorthin kommen, und dafür gibt es nach meiner Überzeugung nur einen Begriff, nur ein Paradigma: das sozialdemokratische Paradigma. Das ist das Paradigma der Solidarität!

Lasst mich diesen Punkt, Genossinnen und Genossen, ausführlicher beleuchten – ich mache es an unseren Grundwerten fest: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Freiheit ist das Wichtigste, Gerechtigkeit ist unser Ziel, aber Solidarität ist doch das, woran es in dieser globalisierten, neoliberalen, turbodigitalen Welt am meisten fehlt – und, seien wir doch mal ehrlich, ein Stück weit auch der Sozialdemokratie selbst.

Solidarität ist aber ein unverzichtbarer Wert und ein unverzichtbares Prinzip für sozialdemokratische Politik. Es geht darum, füreinander einzustehen, auch wenn man aktuell nicht betroffen ist. Dinge solidarisch zu organisieren, heißt, Risiken auf viele Schultern zu verteilen, Sicherheiten zu schaffen. Obwohl nicht alle die gleichen Voraussetzungen haben, bekommen alle den gleichen Schutz.

Dinge solidarisch zu organisieren, heißt zum Beispiel, öffentlich und gebührenfrei Schulen und Universitäten vorzuhalten, heißt, für eine solidarische Wirtschaft zu sorgen, sodass alle am Wohlstandsgewinn unserer Volkswirtschaft teilhaben. Solidarität in der internationalen Politik heißt, die Existenz anderer Staaten und Interessen anzuerkennen, zu kooperieren und Frieden zu stiften. Diese Prinzipien aber, Genossinnen und Genossen, werden schon seit Jahrzehnten von den Neoliberalen massiv angegriffen, und jetzt kommen die Attacken der Rechtspopulisten dazu.

Die Rechtspopulisten in Deutschland sind eine ernste Gefahr für den solidarischen Zusammenhalt. Es ist hochgefährlich, ihre Argumente nachzuplappern.

Wir rufen daher alle eindringlich auf: Steht mit uns gegen Rechtspopulismus und Chauvinismus, gegen Nationalismus und Diskriminierung in diesem Land auf! Das muss die Botschaft auch dieses Parteitages sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Geert Wilders, Marine Le Pen, Heinz-Christian Strache benutzen die Demokratie, ohne ihre Regeln zu respektieren. Sie haben keine Achtung vor demokratischen Gremien und Institutionen, freien Medien, Gerichten, Minderheiten und Andersdenkenden. Sie haben keine Achtung vor den Interessen anderen Staaten.

Einer der Hauptgründe aber, warum ich die Rechtspopulisten verachte, ist: Die Rechten suchen nicht die Auseinandersetzung mit den Starken. Sie kämpfen gegen die Schwächsten.

Der Populismus schließt solidarische Lösungen aus. In seiner Logik gibt es nur eine Gruppe. Nur deren Interessen dürfen Gültigkeit haben. Diese Populisten behaupten, sie vertreten das Volk, aber ich sage allen, die sich davon angesprochen fühlen: Vorsicht! Diese Kräfte sind nicht das Volk, sie sind der Angriff auf das Volk, liebe Genossinnen und Genossen.

Und das spüren wir auch innerhalb Europas: Viktor Orbán, Jaroslaw Kaczynski.

Donald Trump radiert das Prinzip der Solidarität vollständig aus und bedient ganz offen ausschließlich die eigenen Interessen: America First! Bis gestern haben wir gedacht, dass das in der ältesten Demokratie der Welt nicht möglich ist. Wir wurden eines Besseren belehrt. Wir wissen, dass daraus nichts Gutes wird, und deshalb ist es doch unser Auftrag, liebe Genossinnen und Genossen, sich dem entschieden entgegenzustellen. Es geht doch um nichts weniger als um den Erhalt unserer eigenen Demokratie – und nicht nur in unserem Land.

Deswegen bin ich auch dir, Pedro, so dankbar, dass du heute hier bist; denn wir kämpfen einen gemeinsamen Kampf, Pedro, gegen diese Umtriebe der Rechtspopulisten überall in Europa und auf der Welt. Stehen wir gemeinsam, wir, die soziale Demokratie Europas! Vielen Dank, dass du heute zu uns gekommen bist, lieber Pedro.

Wie also kann eine sozialdemokratische Politik aussehen, die dem Prinzip der Solidarität wieder Geltung und Bedeutung verleiht?

Solidarität in der Wirtschaftspolitik ist für die SPD ja kein neues Konzept, aber viele Regeln einer solidarischen Wirtschaftspolitik sind verschwunden oder greifen in einer globalisierten Welt schlicht ins Leere. Deswegen gehört an den Beginn einmal die Erkenntnis: Unser derzeitiges Wirtschafts- und Finanzsystem produziert auch global erhebliche Ungerechtigkeiten. Die Digitalisierung kann diese Ungerechtigkeiten noch verschärfen, wenn wir nichts tun.

Wir brauchen deswegen einen solidarischen Rahmen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, ein neues Wirtschaftskonzept, ein Konzept für eine solidarische Marktwirtschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

Was heißt das jetzt? Wir müssen Regeln festlegen, die verhindern, dass Gewinne in Steueroasen gebucht werden. Wir müssen sagen, wie wir neue Jobs in

strukturschwachen Regionen schaffen. Wir brauchen echte Konzepte für die Energiewende und die Mobilitätswende in Deutschland, sodass es gelingt, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Klimaschutzziele bis zum Jahr 2030 müssen eingehalten werden. Auch das gehört zu einer solidarischen Marktwirtschaft.

Wir akzeptieren nicht, liebe Genossinnen und Genossen, dass sich immer mehr Internetplattformen zu Monopolisten mausern, die keine soziale Verantwortung übernehmen, die Gewinne in die Taschen weniger Superreichen im Silicon Valley spülen und die mit den Daten von Kunden und Verbrauchern sogar noch politische Geschäfte machen. Schluss damit, liebe Genossinnen und Genossen!

Uns geht es in der Wirtschaftspolitik um echte Werte. Um die, die echte Werte schaffen, Unternehmen, Handwerker, Einzelhändler, sie konkurrieren mit den großen Internetplattformen und sind teilweise sogar von ihnen abhängig.

Aber während die Einzelhändler bei uns in den Städten Steuern und Abgaben zahlen, ausbilden, vor Ort Verantwortung übernehmen und dem Sportverein spenden, kann die Plattform die Gewinne in die nächste Steueroase abziehen. Ganz ehrlich: Die Regeln, die diese Form von digitalem Kapitalismus zu einer solidarischen Marktwirtschaft machen, müssen erst noch erfunden werden. Wer, wenn nicht wir, sollte das bitte schön tun?! Ich gucke hier in die Augen der Gewerkschaftsvorsitzenden. Mit euch zusammen brauchen wir einen solidarischen Ordnungsrahmen für diese digitale globale Wirtschaft. Ich lade euch ein, das mit uns gemeinsamen auf den Weg zu bringen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich weiß, die FDP sagt da „Bedenken first“. Das ist mir egal. Uns geht es um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den Mittelstand. Der FDP geht es nur um coole Sprüche. Das reicht nicht am Ende des Tages. Deswegen sind sie zu Recht nicht in der Regierung. Da gehören die nämlich überhaupt nicht hin, liebe Genossinnen und Genossen auf Bundesebene.

Was heißt denn „solidarische Arbeitsgesellschaft“? Seit Jahren reden wir ja darüber, dass es den Beruf fürs Leben nicht mehr gibt. Durch die Digitalisierung verliert einmal erworbenes Wissen immer schneller an Wert. Das kann echt jeden treffen. Das geht dann an die Existenz. Jeder und jede muss die Möglichkeit haben, in seinem bzw. ihrem Leben noch einmal einen anderen Beruf erlernen zu können, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Legislatur schaffen wir deswegen, lieber Hubertus, das Recht auf Weiterbildungsberatung. Nächste Legislatur schaffen wir das Recht auf Weiterbildung. Das ist es nämlich, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Digitalisierung mindestens von uns erwarten dürfen, dass wir ihnen dabei helfen.

Es treibt mich um, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und übrigens auch viele Selbstständige – gar nicht mehr von der solidarischen Institution Sozialstaat Deutschland profitieren, weil sie keinen Tarifvertrag haben. Das sind 40 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist die Mehrheit der Arbeitnehmer in Ostdeutschland. Das sind ganz viele Beschäftigte im Dienstleistungsbereich. Das sind ganz viele Frauen. Was kommt bei denen an? Da gibt es häufig über Jahre keine Lohnerhöhung. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ist um ein Vielfaches größer als bei tarifgebundenen Betrieben. Es gibt ein Drittel weniger Urlaub, keine Überstundenzuschläge und keine Betriebsrenten. Die dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spüren unsere Solidarität nicht mehr, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Leute kriegen von der Politik die ganze Zeit nichts mehr mit. Das müssen wir doch ändern. Sie brauchen einen starken Arm in der Politik. Wir sind dieser starke Arm für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer denn sonst, liebe Genossinnen und Genossen? Wer denn sonst, wenn nicht wir?

Was heißt eigentlich „solidarischer Sozialstaat“? Wir reden ja immer gerne vom Sozialstaat als organisierter Solidarität. Aber empfinden die Bürgerinnen und Bürger das tatsächlich auch so? Der Staat präsentiert sich keinesfalls immer solidarisch und bürgernah, wenn es um konkrete Hilfen geht. Das muss sich ändern – nicht nur beim Arbeitslosengeld II, sondern auch bei der Erwerbsminderungsrente, bei der Beantragung des Kinderzuschlags, beim Wohngeld. Mittlerweile empfinden die Menschen die Rechtsansprüche in diesem Sozialstaat als Hürden, als Hindernisparcours, über den sie nicht mehr kommen. Deswegen brauchen wir dringend eine Sozialstaatsreform, die diesen Sozialstaat bürgernäher, emanzipativer und gerechter macht, als er derzeit ist, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn wir sagen „Wir schaffen Hartz IV ab“ oder „Wir wickeln die Agenda 2010 ab“, haben wir noch keine einzige Frage beantwortet.

Das reicht eben auch nicht. Wir brauchen gute Konzepte und konkrete Taten. Das machen wir doch auch. Wir haben in diesen Koalitionsverhandlungen einen öffentlichen Arbeitsmarkt für 150.000 Menschen durchgesetzt, für Menschen, die seit Jahren arbeitslos sind. Endlich haben wir das geschafft! Diesen Ansatz setzen wir um. Dann entwickeln wir ihn weiter. Aber lasst uns das doch nicht kleinreden! Das ist ein Riesendurchbruch, auf den ich als alter SoPo hier Jahrzehnte hingearbeitet habe, dass uns das endlich wieder möglich ist – einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose. Darauf bin ich persönlich stolz, liebe Genossinnen und Genossen.

Gedanklich müssen wir bei der Frage um den Sozialstaat keinen Stein auf dem anderen lassen. Gedanklich müssen wir auch über alles reden – die Jusos vorneweg. Aber um eines bitte ich euch: Lasst uns die Debatte mit dem Blick auf das Jahr 2020 führen und nicht mit dem Blick auf das Jahr 2010, liebe Genossinnen und Genossen!

Schließlich, liebe Genossinnen und Genossen: Was ist ein solidarischer Staat? In letzter Zeit wird ja viel über Heimat geredet. Es gibt jetzt sogar ein Heimatministerium. Aber was ist eigentlich Heimat? Heimat ist ein Ort, an dem man sich zu Hause fühlt, sicher fühlt, also ein Ort, an dem niemand ausgegrenzt wird, ein Ort, an dem auch Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind, heimisch werden können, ein Ort, der nicht fertig besteht und bewahrt werden muss, sondern der immer wieder durch alle und für alle dazu wird. Heimat entsteht, wenn Menschen miteinander solidarisch sind und wenn ein handlungsfähiger Staat die Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben schafft. Eine solche Heimat, wie ich sie meine, entsteht nicht von selbst. Sie braucht bezahlbare Wohnungen und gute Schulen, ärztliche Versorgung, einen funktionierenden ÖPNV, Polizei, die vor Ort auch präsent ist, und übrigens auch Parks und Straßen, die gepflegt werden. Wir sind auch deswegen so stark in den Kommunen, weil wir das längst verstanden haben, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen ist Heimat ein sozialdemokratisches Thema.

Es gibt ein großes Bedürfnis nach Heimat und Sicherheit. Deswegen sollten wir auch die Frage der inneren Sicherheit aus meiner Sicht offensiv und selbstbewusst angehen. Für mich steht fest: Der solidarische Staat muss seine Grundwerte verteidigen. Es gibt immer wieder Ereignisse, die unsere Entschlossenheit auf die Probe stellen. Wir müssen ohne jedes Ressentiment und frei von Angst, in irgendeine Ecke gestellt zu werden, die Probleme ansprechen, die in unserem Land existent sind. Wir hatten die Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof. Wir haben Personen, die unsere Regeln nicht akzeptieren und missachten. Wir haben antisemitische Vorfälle, gerade in der letzten Zeit wieder massiv. Wir verurteilen das scharf, und wir müssen alles tun, um sie zu ahnden. Wir müssen das auch deswegen tun, weil unsere Demokratie Schaden nimmt, wenn wir nicht auf die Einhaltung unserer eigenen Regeln pochen, und zwar ohne Ausnahme gegenüber allen, liebe Genossinnen und Genossen.

Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass wir dies frei von Ressentiments tun. Das markiert scharf den Unterschied zur AfD und zu anderen Hetzern. Die instrumentalisieren solche Vorkommnisse jedes Mal, um ihr eigenes Weltbild zu bestätigen. Sie wiegeln auf und treiben einen Keil in die Köpfe und Herzen der Menschen. Wir Sozialdemokraten müssen die Kraft haben, Dinge, die falsch laufen,

auch beim Namen zu nennen. Das ist wichtig: Realismus ohne Ressentiments. Das ist unser Kompass für Integration und Zusammenleben der Kulturen.

Und weil wir diesen Kompass haben, können wir auf den Unsinn mit der Leitkultur locker verzichten, liebe Genossinnen und Genossen.

Und wie steht es mit der äußeren Sicherheit und der internationalen Solidarität? Liebe Genossinnen und Genossen, zurzeit rennen viele mit dem Zollstock rum und messen, von wem wir uns weiter wegbewegen: von den USA oder Russland. Die USA sind unsere Verbündeten. Aber auch mit Russland sind wir freundschaftlich verbunden. Die Wahrheit ist aber: Beide Regierungen machen eine Politik, die schon lange in vielen Punkten nicht mehr deckungsgleich ist mit unseren Interessen – und mit denen Europas schon gar nicht. Das Verhältnis zu Russland und den USA muss daher gepflegt, aber auch realistisch betrachtet werden. Dazu gehört, Kritik an Russland anzusprechen, etwa wenn das Land sein Veto nutzt, um die Aufklärung von Chemiewaffeneinsätzen zu blockieren.

Im Gegensatz zu dem, was ich in den letzten Tagen gelesen habe, bedeutet das aber keine Abkehr von der Politik des Dialogs und des Ausgleichs mit Russland. Gerade wir Deutschen wollen Russland gute Nachbarn sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Das zeigt die Initiative von Heiko Maas für einen neuen diplomatischen Ansatz für Syrien. Entscheidend ist: Für Sicherheit und Stabilität brauchen wir die Europäische Union, eine eigenständige Europapolitik. In Zeiten, in denen ein US-Präsident Angriffsdrohungen via Twitter verbreitet – mehr denn je –, müssen wir in Europa gemeinsam mit Frankreich und anderen Partnern Führungsverantwortung übernehmen und müssen wir mit Europa auf der globalen Ebene für mehr Kooperation antreten.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir auch die UN stärken. Das ist unser großes Ziel. Ich bin überzeugt, „daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er die internationale Rechtsordnung stärkt, das Mißtrauen zwischen den Völkern mindert und das Wettrüsten verhindert“. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein Zitat aus dem „Godesberger Programm“. In diesem Geist wurde die neue Ostpolitik entwickelt, und in diesem Geist müssen wir jetzt eine neue Friedens- und Entspannungspolitik für eine Welt entwickeln, in der Deutschland und Europa zwar nicht mehr im Mittelpunkt stehen, aber, in einer eigenen friedensstiftenden Rolle, mehr denn je gefragt sind, die Verantwortung, die auf uns zukommt, anzunehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Lasst mich Folgendes zum Abschluss sagen: Die Voraussetzung für eine solche eigenständige europäische Friedenspolitik hat Martin Schulz geschaffen, indem er den Koalitionsvertrag ausgehandelt hat, der eine echte europäische Trendwende ist. Vielen Dank ganz persönlich von mir, lieber Martin.

Martin hat den Grundstein gelegt, dass wir ein solidarisches Europa gestalten. Man merkt langsam, in welche Wallungen dieses Kapitel die CDU bringt. Keine Woche vergeht, in der nicht namhafte CDU-Politiker versuchen, sich davon zu distanzieren. Liebe Genossinnen und Genossen, Vertrag ist Vertrag. Wir wissen, was wir verhandelt haben, und wir werden auf die Umsetzung dieses Kapitels, Buchstabe für Buchstabe, dringen. Darauf könnt ihr euch verlassen, liebe Genossinnen und Genossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, vor 30 Jahren bin ich in die SPD eingetreten. Davon war ich 20 Jahre Ortsvereinsvorsitzende, 10 Jahre Kreisvorsitzende, Unterbezirks-, Landes- und Bundesvorsitzende der Jusos, stellvertretende Parteivorsitzende, Generalsekretärin. Daran merkt ihr schon: Ich bin nicht neu. Ich kenne diese Partei. Aber das, worauf ich am meisten stolz bin – ich glaube, nur die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer werden es sich wirklich vorstellen können –, ist, dass ich zusammen mit Freunden vor 30 Jahren in meinem Heimatort einen SPD-Ortsverein gegründet habe; nicht etwa weil wir damals gehofft hätten oder auch nur daran gedacht hätten, dass mal jemand von uns Parteivorsitzender wird, sondern weil wir etwas für unsere Demokratie tun wollten, weil wir nicht nur zugucken wollten, weil wir was verändern wollten. Es ging um einen Jugendtraum. Es geht heute um andere Fragen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, der Antrieb, warum ich hier heute stehe, ist exakt derselbe. Ich glaube, dass man mit demokratischen Mitteln die Welt für jeden Menschen bessermachen kann.

Deswegen bewerbe ich mich heute um den Parteivorsitz der SPD, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist genau derselbe Antrieb wie vor 30 Jahren, als ich diesen Ortsverein gegründet habe.

Eine allein kann das nicht schaffen. Das müssen wir gemeinsam schaffen. Deshalb bitte ich um eure Stimme, euer Vertrauen, aber ich bitte auch um eure Mithilfe in den nächsten Jahren. Es wird uns gelingen. Gemeinsam sind wir stark. Wir packen das! Das ist mein Versprechen.